

[NRW](#) > [Städte](#) > [Erkrath](#) > [Erkrath: Bebauung der Hasenwiese in Erkrath in der Diskussion](#)



RP+ Wohnungsbau in Erkrath

Rat bestätigt den Bau auf der Hasenwiese

Erkrath · Auch in der nächsten Diskussionsrunde wurden Alternativen zum Bauplatz für Seniorenwohnungen in Millrath verworfen. Zudem wurden ein Ratsbürgerentscheid und ein beschleunigtes Genehmigungsverfahren per Abstimmung abgelehnt.

18.09.2022, 16:46 Uhr · 3 Minuten Lesezeit



Die Baugruppe Dependance Erkrath setzt auf einen viergeschossigen Bau, der aus Fertig-Modulen zusammengesetzt wird.

Foto: Wolfgang Teiwes

Das umstrittene Bauprojekt „genossenschaftliches Wohnen Schmiedestraße“ wird weiterverfolgt. Der Beschluss des Ausschusses für Umwelt und Planung, AUP, zur Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans wurde durch den Rat bestätigt. Wie schon im Ausschuss wurde die Diskussion über Klimaschutz und die soziale Funktion der Freifläche noch einmal aufgerollt. Neu war dabei die Frage, ob der Wunsch, bauwilligen Bürgern Flächen zuzuweisen oder zu verbieten, eine Bevormundung sei, oder zu den ureigensten Aufgaben der Kommunalpolitik gehört.

Hintergrund war der Vorschlag, der Baugenossenschaft „Dependance“ statt der Hasenwiese in Millrath den Sportplatz Gink in Alt-Erkrath anzubieten. Natürlich wäre das schwer umsetzbar, da bisher alle Planungen auf die Hasenwiese zugeschnitten waren. Ein kompletter Neustart würde erhebliche Verzögerungen und Kosten bedeuten, hieß es. Die Genossenschaft bevorzugt ohnehin den Standort in Erkrath Millrath, weil er zentral liege und durch die benachbarte Bergstraße eine gute Nahversorgung der künftigen – meist älteren – Bewohner gegeben wäre.

Info

Die Wohnmodule bringt ein Tieflader

Der Plan Die von der Baugruppe geplanten Millrather Wohnungen sollen, je nach Größe, aus zwei bis drei Modulen entstehen, die per Tieflader angeliefert und mit einem Kran zu einem viergeschossigen Bauwerk gestapelt werden. Etwa ein Jahr wird die Firma brauchen, bis alles bezogen werden kann, die Aufbauzeit soll vier Wochen betragen.

Zur Erinnerung: Die ursprüngliche Idee war, die damals leer stehende Schule Schmiedestraße zu entkernen und für seniorengerechtes Wohnen umzubauen. Nachdem die Grundschule Sandheide durch Brandstiftung zerstört wurde und die Schmiedestraße als Übergangsschule reaktiviert werden musste, hatte die Stadt der Genossenschaft die benachbarte Wiese zum Bauen angeboten.

Über die Fläche wurde inzwischen ein Erbbauvertrag geschlossen und ein Entwurf für ein modulares Gebäude mit 21 Wohneinheiten ist fertig. „Alles wurde von unseren Mitgliedern bezahlt. Wenn wir von vorne anfangen müssten, wäre dies das Ende der Genossenschaft“, sagt Wortführer und Architekt Wolfgang Teiwes. Das Argument, dass durch neue seniorengerechte Wohnungen andere, größere Wohnungen in Hochdahl für junge Familien „freigezogen“ würden, bezweifelte Barbara Geiss-Kuchenbecker (Grüne): „Die Baugruppe sollte froh sein, wenn sie eine

Fläche wie die Gink angeboten bekommt“. Auch die BmU halten die Schmiedestraße für den falschen Standort: „Wir sind hier nicht bei ‚Wünsch dir was‘“, schimpfte Christian Ritt. Auf die Frage von Ralf Lenger (FDP), ob man den Bürgern vorschreiben wolle, wo sie bauen dürften, erschallten „Jahaa“-Rufe aus der Grünen Fraktion: „Das ist die Aufgabe des Rates“, sagte Geiss-Kuchenbecker.

In NRW fehlen Wohnungen, da sind sich alle einig. Auch die Grünen bekennen sich zum Wohnungsbau, wie Peter Knitsch gegenüber Detlef Ehlert (SPD) betonte. Aber laut Knitsch fielen alle Entscheidungen in Erkrath immer für das Bauen und gegen den Klimaschutz. „Vor zehn Jahren saßen bei der CDU noch Leute, die den menschengemachten Klimawandel geleugnet haben. Das traut sich heute keiner mehr, aber es wird nicht entsprechend gehandelt“, beklagte Knitsch. Das Bauvorhaben werde etwa ein Zehntel der Freifläche beanspruchen und die Kaltluftströme reduzieren. Als es zur Abstimmung ging, wurden die Anträge auf einen Ratsbürgerentscheid sowie auf den Verzicht auf ein beschleunigtes Verfahren (ohne Umweltprüfung) abgelehnt. Der Bebauungsplan wurde bei zwei Enthaltungen der CDU mehrheitlich beschlossen. Grüne, BmU und AfD stimmten dagegen.

